Heute u. a. zu folgenden Themen: Atompolitik, Japan / Fukushima, Unruhen im Nahen Osten, Schuldenkrise, Kampf dem Kasino, die größten Kapitalvernichter, Ausbeutung bei Netto, Bachelor und Master, Studienanfänger in Ingenieurwissenschaften, moralischer Druck in der Arztpraxis, Umlageverfahren ohne Alternative, faschistische Tendenzen, Bremer CDU verkauft Listenplätze, einfach mal abschalten, die Null steht, zu guter Letzt. (RS)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Atompolitik
2. Japan / Fukushima
3. Unruhen im Nahen Osten
4. Schuldenkrise – Teure Euro-Treue
5. Internationaler Währungsfonds: Kampf dem Kasino
6. Die größten Kapitalvernichter
7. Gewerkschaft wirft Netto Ausbeutung vor
8. Bachelor und Master: Jeder zweite Studierende ist überfordert
9. Rund 8% mehr Studienanfänger in Ingenieurwissenschaften in 2010
10. Moralischer Druck in der Arztpraxis
11. „Umlageverfahren ohne Alternative“
12. Faschistische Tendenzen allüberall
13. Bremer CDU fordert Kandidaten zu einer Spende auf: 800 Euro für einen guten Listenplatz
14. Frontal21: „Toll“ – Einfach mal abschalten
15. Fritz Eckenga: Die Null Steht
16. Zu guter Letzt: Mit Sicherheit …

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Atompolitik**
   a. **Risiken in Deutschland**
      Ein Gespräch zum Hintergrund des japanischen Atomunfalls mit dem Atomexperten Thomas Riedl von Greenpeace Deutschland
      Quelle: Telepolis
   b. **Schwer berechenbare Strahlung**

Von 500 Millisievert an drohen akute Gesundheitsschäden. Aber auch eine nur moderat erhöhte Dosis kann bereits Folgen haben. Je stärker die Strahlung, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit späterer Schäden. Sieben Antworten zur atomaren Bedrohungslage.
Quelle: Frankfurter Allgemeine

c. **Lucas Zeise – Hoffentlich staatspleitenversichert**
Es gibt immer wieder neue Methoden, wie man die Finanzkonzerne päppeln kann. Die Euro-Länder sind dabei, sie alle durchzuprobieren. Die jetzt gewährten Kredite und die bald unvermeidlichen direkten Zahlungen an die Problemländer dienen dazu, den Finanzsektor im Empfängerland sowie im eigenen Land zu schützen. Das ist seit Ausbruch der Finanzkrise der eigentliche Sinn deutschen (und französischen) Regierungshandelns. Es gilt die oberste Maxime, die Finanzinstitutionen im eigenen Land, ihre Aktionäre und Gläubiger vor jeglichem Schaden zu bewahren.
Für Paul Achleitner, Vorstandsmitglied des größten Versicherungskonzerns der Welt – der Allianz -, ist das bereits selbstverständlich. Daher kommt seine Idee, der Staat – in diesem Fall die EU – möge doch bitte sehr eine Versicherung für Staatsanleihen schaffen. Nicht genug damit, dass der deutsche Staat 2008 der Allianz die Dresdner Bank abnahm, indem er frisches Kapital in die Commerzbank einschoss und den Versicherungskonzern damit vor Verlusten im hohen zweistelligen Milliardenbereich bewahrte. Es müssen eben immer neue Methoden her, wie der Staat die Finanzkonzerne päppeln kann. Mit einem staatlichen Schutz vor einer Staatsinsolvenz würden Allianz und die anderen auch frohgemut weiter die Einnahmen aus den staatlich geförderten, sprudelnden Riester-Rente-Prämien in riskante Staatsanleihen investieren. So wird der Rückzug des Staates aus der klassischen Altersrente über die Milliardenvorsorge für private Versicherungskonzerne halt noch teurer.
Quelle: FTD

d. **Atomkraftwerke: Für den Gau haftet der Steuerzahler**
Atomkraftwerke sind bisweilen kaum versicherbar. Im Falle eines bewaffneten Konflikts oder einer schweren Naturkatastrophe kommen die Versicherer nicht für Schäden auf, bei Terroranschlägen hingegen schon.
Quelle: Tagesspiegel

e. **Atomkonzerne gehen auf Konfrontationskurs zu Merkel**
Der Beschluss der Bundesregierung, die sieben ältesten Meiler vom Netz zu nehmen, stößt laut SZ-Informationen auf Widerstand. Von Betreibern

wie Eon. Dabei wären nach Auskunft des Umweltbundesamtes neun Meiler sofort verzichtbar – ohne Einschränkungen auf die Stromversorgung.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

2. **Japan / Fukushima**
   a. **Drohender Super-GAU – Japan verzweifelt am Kampf gegen die Katastrophe**
   Newsticker
   In zwei Reaktoren des Atomkraftwerkes Fukushima-1 brennt es, und die Situation ist kaum noch zu kontrollieren: Die Strahlenbelastung steigt auf einen so hohen Rekordwert, dass die 50 letzten verbliebenen Arbeiter zeitweise das AKW verlassen mussten. Nun soll offenbar doch versucht werden, den Krisen-Meiler aus der Luft zu löschen. Unterdessen cancelt die Lufthansa bis auf weiteres alle Flüge zum internationalen Flughafen Tokio-Narita.
   Quelle: SZ
   b. **Japan: Arme Atomkraftgegner**
   Es ist nie leicht gewesen, in Japan Atomkraftgegner zu sein. Man durfte sich stets zu einer verschwindend kleinen Minderheit zählen. Aber dieser Tage fällt es noch schwerer. Die Mannschaft von Japans führendem Anti-AKW-Zentrum CNIC (Citizen's Nuclear Information Center) ist vollkommen überlastet. Aber nicht nur das. Die emsigen Mitarbeiter des Zentrums, ein jeder Experte für ein Spezialgebiet der Atomwissenschaft, spüren, dass sich ihre Welt trotz der drohenden Katastrophe immer noch um die eigene Achse dreht. Zwar geben sie jetzt Interviews für CNN und BBC. Zwar hielten sie in den letzten Tagen zwei eilig einberufene Pressekonferenzen im Club der Auslandskorrespondenten in Tokio ab. Aber die japanische Öffentlichkeit hört ihnen immer noch nicht zu. Sie wollen ihren Glauben an die japanische Technologie nicht verlieren. Sie wollen, auch jetzt noch, festhalten an ihrem Traum von der Energieunabhängigkeit durch Atomkraft.
   Quelle: taz
   c. **Atomkatastrophe in Japan: Angst vor dem GAU in der Wirtschaft**
   Die japanische Volkswirtschaft kann nach Ansicht von Ökonomen die Folgen des Erdbebens und des Tsunamis wegstecken – solange es nicht zur absoluten nuklearen Katastrophe kommt. Drei Szenarien, wie schmerzhaft es das Land treffen könnte.
   Quelle: FTD

d. **Spenden aber richtig**
Angesichts der Bilder aus Japan wächst weltweit die Spendenbereitschaft. Das ist zwar schön und gut. Doch Geld ist für Japan derzeit das geringste Problem. Anderswo wird es viel dringender gebraucht.
Quelle: n-tv

e. **Informationen zur Lage in den japanischen Kernkraftwerken Fukushima, Onagawa und Tokai**
Quelle: Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit

Anmerkung JB: *Eine zuverlässige Quelle über die Lage in Fukushima.*

3. **Unruhen im Nahen Osten**

a. **Wie ist Gaddafi aufzuhalten?**
Erst Bomben, dann Granaten, dann die Einnahme der Stadt von zwei Seiten. Mit dieser Strategie geht Gaddafis Armee nach jüngsten Meldungen auch Adschabija vor. Das libysche Staatsfernsehen meldet angeblich, dass die Stadt schon unter völliger Kontrolle von Gaddafis Truppen stünde, die Rebellen bestreiten dies. Wie der Guardian berichtet, haben Gaddafis Soldaten haben die Kontrolle über große Teile der Stadt gewonnen und vor allem die Kontrolle über die Küstenstraße. Damit ist der Weg für Gaddafis übermächtige Truppen nach Bengasi frei.“Der Kampf ist verloren. Gaddafi wirft, was er hat, gegen uns“, wird ein militärischer Führer der Rebellen zitiert.
Quelle: Telepolis

b. **Gaddafi-Sohn verhöhnt Vereinte Nationen**
Westerwelle im Bundestag gegen Flugverbot, die UN diskutiert, Gaddafis Armee marschiert
„In 48 Stunden ist alles vorbei“: Gaddafi-Sohn Saif al-Islam triumphiert im Fernsehen – die Soldaten seines Vaters stünden kurz vor der Einnahme Bengasis. Frankreichs Staatschef Sarkozy nannte er einen „Clown“. Im Jemen und im Königreich Bahrain eskaliert die Gewalt auf den Straßen.
Quelle: Spiegel-Online

Anmerkung unseres Lesers F.S.: *Sie werden danach alle bald wieder im Gaddafi-Beduinenzelt zusammensitzen und miteinander die Geschäfte fortsetzen.*

c. **Polizisten stürmen Platz der Opposition in Bahrain**
Einsatz von Tränengas – schiitische Geistliche warnen vor «Massaker»

In Bahrain haben Polizisten den von der Opposition besetzen Platz der Opposition gewaltsam geräumt. Mehrere Zelte standen in Flammen, über der Gegend stand dichter Rauch.
Quelle: NZZ

d. **Hilferuf aus Manama: Polizei geht mit Tränengas gegen Demonstranten**
Mit vereinten Kräften schlagen die Herrscher am Golf den Aufstand in Bahrain nieder. Mit Panzern und Helikoptern wird am Mittwoch der Perlenplatz geräumt. Der Jugend in der ganzen Region soll so die Lust auf Revolution ausgetrieben werden.
Quelle: heute.de

4. **Schuldenkrise – Teure Euro-Treue**
Die Euro-Rettung könnte für Deutschland ungeahnt teuer werden. Berlin muss möglicherweise 25 Milliarden Euro zum zukünftigen Rettungsschirm beitragen – und dafür eine Neuverschuldung in Kauf nehmen.
Quelle: SZ

Anmerkung Volker Bahl: *Leider wird die Gegenrechnung für Deutschland nicht aufgemacht, was passieren würde, wenn die Euro-Zone platzen würde.*

5. **Internationaler Währungsfonds: Kampf dem Kasino**
In einem soeben veröffentlichten Diskussionspapier warnen Ökonomen des Internationale Währungsfonds (IWF) davor, dass die Wahrscheinlichkeit einer neuen Finanzkrise durch die Bankenrettung sogar noch größer geworden sei. „Die Verletzlichkeit des globalen Finanzystems bleibt beachtlich und sie bedroht die wirtschaftliche Erholung“, heißt es weiter. Der IWF geht mit dem Krisenmanagement der Regierungen hart ins Gericht. Die Finanzhäuser seien heute bei weitem nicht so solide wie sie es sein sollten. Noch immer versteckten sich in den Bilanzen unerkannte Risiken und faule Wertpapiere. Viele Staaten haben sich bei der Rettung maroder Banken übernommen. In Europa und den USA wurden die Schulden von Pleitebanken praktisch verstaatlicht. Die Folge: Die Defizite in den öffentlichen Haushalten schwollen an, die Schuldenberge wuchsen. In Irland rächte es sich bitter, dass sich die Regierung dazu drängen ließ, für die Schulden der Banken einzustehen: Nun ist der Inselstaat selbst ein Pleitekandidat und hängt am Tropf des europäischen Notfonds. Das Land hat seine Kreditwürdigkeit ruiniert, um die Gläubiger seiner Banken zu retten. Ökonomen nennen so etwas moral hazard. Auch mit der Bankenregulierung ist der Währungsfonds unzufrieden. Teile der Finanzwelt

seien heute noch stärker konzentriert als vor der Krise, die Banken noch immer so groß und komplex, dass sie den Staat im Notfall erpressen könnten. „Die Regierungen müssen darüber nachdenken, wie sie die Gefahren in den Griff bekommen, die große Banken für die Stabilität der Finanzwelt bergen“, fordern die Autoren der Studie. Künftig komme es darauf an, nicht blind zu retten, was nicht mehr zu retten ist. In der nächsten Krise sollten wertlose Wertpapiere frühzeitig abgeschrieben werden und den Banken harte Auflagen gemacht werden, bevor man ihnen Hilfe anbietet.
Quelle 1: Süddeutsche Zeitung
Quelle 2: IWF [PDF – 670 KB]

Anmerkung Orlando Pascheit: *Nicht gerade beruhigend, aber wahrscheinlich realistisch ist, dass die Autoren anscheinend die Krise abgeschrieben haben, da sie Empfehlungen für die kommende Krise aussprechen. Zeit, sich daran zu erinnern, wie sich die Bundesregierung seinerzeit bei der Rettung der HRE von Ackermann über den Tisch ziehen ließ. Keine deutsche Bank hätte die nächsten Tage überlebt, so Ackermann und die Kanzlerin treu doof verkauft den Deal später damit, dass man nicht die Banker, sondern die Bürger habe retten müssen. Aber wer hat denn damals der HRE Geld für Ihre Fehlspekulationen zur Verfügung gestellt? Harald Schumann hat im September 2009 die bisher amtlich geheim gehaltene Liste der unbesicherten Gläubiger der HRE zum Zeitpunkt der Vereinbarung des Rettungspakets dokumentiert, die z.B. aufzeigt, dass etwa zur Hälfte ausländische Großbanken und Fondsverwalter gerettet wurden. Und bei den deutschen Anlegern fragt man sich, warum sie nicht an den Kosten der Rettungsaktion beteiligt wurden. An der Spitze der Liste standen mit jeweils mehr als zwei Milliarden Euro unbesicherter Forderungen gegenüber der HRE die italienische Unicredit mit ihrer deutschen Tochter Hypo-Vereinsbank (HVB) und die Bayern LB. Dahinter folgen die Versicherungsgruppe HUK Coburg und die Deutsche Bank mit Forderungen von mehr als 1,5 Milliarden Euro. Sie alle haben, so Schumann die „bisher keinen Cent zur Rettung beitragen müssen.“ – Moral Hazard in Vollendung.*
Wer an der aktuellen Diskussion interessiert ist, kann hier eine Tagung beim IWF verfolgen, deren Thema lautete: „Macro and Growth Policies in the Wake of the Crisis“. Es treten so bekannte Ökonomen auf wie Adam Posen, Olivier Blanchard, Guillermo Ortiz, Otmar Issing, Joseph Stiglitz, David Romer, Robert Solow, Dani Rodrik, Michael Spence usw.

6. **Die größten Kapitalvernichter**
   Die meisten deutschen Aktien landeten zum Jahresende 2010 dick im Plus. Aber es gibt schwarze Schafe, die ihren Aktionären tiefe Löcher ins Depot rissen – und das mitunter schon seit Jahren. Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) hat in ihrer „Watchlist 2011“ die 50 größten Kapitalvernichter der vergangenen fünf Jahre prämiert. Bewertungsmethode: Maximum -1000 Punkte; Gewichtung: max. -500 Punkte für die Kursperformance über fünf Jahre, max. -300 Punkte für die Performance über drei Jahre, max. -200 Punkte für die Performance über ein Jahr. Bewertung ohne Dividende und Sonderzahlungen auf Basis der Schlusskurse des letzten Handelstages im Jahr; nur Aktien aus dem Börsensegment Prime Standard der Deutschen Börse.
   Quelle: Wirtschaftswoche
7. **Gewerkschaft wirft Netto Ausbeutung vor**
   Ver.di knöpft sich den Discounter Netto vor: Die Gewerkschafter werfen der Supermarktkette vor, sittenwidrige Löhne zu zahlen – in Höhe von 5,50 Euro. Mehr als 40 Prozent der Mitarbeiter seien geringfügig beschäftigt. Das Unternehmen weist die Kritik zurück.
   Quelle: Spiegel-Online
8. **Bachelor und Master: Jeder zweite Studierende ist überfordert**
   Der Anteil der Studierenden, die daran zweifeln, erfolgreich die Hochschule zu absolvieren, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Inzwischen fühlt sich jeder zweite Student und jede zweite Studentin von Stoffmenge und Prüfungsrythmus überfordert. Dies zeigt der neue Studierendensurvey der Bundesregierung, den Thomas Rachel (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, am 15. März in Berlin vorgestellt hat. Das Deutsche Studentenwerk (DSW) forderte von Bund und Ländern finanzielle Hilfe für den Ausbau studienbegleitender Beratungsangebote.
   Quelle: Zweiwochendienst
9. **Rund 8% mehr Studienanfänger in Ingenieurwissenschaften in 2010**
   Im Studienjahr 2010 (Sommersemester 2010 und Wintersemester 2010/11) immatrikulierten sich 93 200 Anfängerinnen und Anfänger für ein Studium der Ingenieurwissenschaften – ein Anstieg von 8,2% im Vergleich zum Vorjahr. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Ergebnissen weiter mitteilt, nahmen 2010 insgesamt 443 000 Personen ein Studium auf. Damit erhöhte sich die Zahl der Erstimmatrikulierten im Vergleich zum Studienjahr 2009 um rund 18 800 (+ 4,4%).

Quelle: Statistisches Bundesamt

Anmerkung Orlando Pascheit: *Damit stützt das Statistisches Bundesamt die Studie von Karl Brenke (DIW) [PDF – 530 KB], der in den nächsten fünf Jahren angesichts stark gestiegener Studentenzahlen nicht damit rechnet, dass in technisch-naturwissenschaftlichen Berufsfeldern ein starker Engpass beim Arbeitskräfteangebot eintritt. Der damalige Chef des DIW, Klaus F. Zimmermann, u.a. versuchten seinerzeit diese Untersuchungsergebnisse zu relativieren.*

10. **Moralischer Druck in der Arztpraxis**
Zum Weltverbrauchertag haben die Verbraucherzentralen ein immer wichtiger werdendes Zusatzgeschäft niedergelassener Ärzte kritisiert – sogenannte individuelle Gesundheitsleistungen (Igel). Dabei handle es sich um „typische Haustürgeschäfte“, bei denen moralischer Druck aufgebaut werde und man nicht frei entscheiden könne, sagte Bundesverbandschef Gerd Billen am Dienstag bei einer Veranstaltung im Gesundheitsministerium. Vielleicht, so Billen, müsse man einmal „durchexerzieren“, ob dann nicht auch die für solche Geschäfte üblichen Widerrufsrechte in den Arztpraxen Anwendung finden müssten.
Quelle 1: Tagesspiegel
Quelle 2: Verbraucherzentrale Bundesverband
11. **„Umlageverfahren ohne Alternative“ – Experte Franz Ruland: Gesetzliche Rente lässt sich nicht mehr kapitalgedeckt finanzieren.**
Das zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung verwendete Umlageverfahren ist nach Ansicht des Vorsitzenden des Sozialbeirats der Bundesregierung, Franz Ruland, „ohne Alternative“. In der kürzlich erschienenen Neuausgabe des „Handbuchs der Rentenversicherung“ begründet Ruland seine Einschätzung damit, dass für eine Kapitalabdeckung der Ansprüche an die Rentenversicherung inzwischen „über acht Billionen Euro (8.000 Milliarden, Anm. d. Red.) notwendig“ seien. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt 2011 umfasst nach Angaben des Bundesfinanzministeriums knapp 306 Milliarden Euro, also nicht einmal vier Prozent des benötigten Deckungskapitals. Bei einer solchen Vermögensmasse „würden sich die Unterschiede zwischen dem Kapitaldeckungs- und dem Umlageverfahren weitgehend vermischen“, so dass sie „nicht zu realisieren“ sei, so Ruland. Denn die Renten könnten in diesem Fall wieder „nur aus dem laufenden Bruttosozialprodukt erwirtschaftet“ werden. Das gebundene Kapital könne

dann selbst „keinen Beitrag mehr zur Finanzierung der Renten leisten“, argumentiert Ruland, der bis 2005 Chef des früheren Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger war. Das Umlageverfahren sei daher für den Gesetzgeber „ein Weg ohne Umkehr“.
Quelle: Ihre Vorsorge

12. **Faschistische Tendenzen allüberall: Wirtschaftsminister Brüderle adelt eine sarrazineske Buchvorstellung des Günter Ederer**
Es war eine illustre Runde, die im Berliner Kulturkaufhaus Dussmann gestern Abend zusammenkam, um ein neues Buch vorzustellen. Träum weiter, Deutschland! heißt es, geschrieben hat es Günter Ederer – ein Autor, der den Sozialstaat für verwerflich hält und sich TV-Dokumentationen, in denen er das beweisen will, auch schon mal von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) finanzieren lässt.
Quelle: Telepolis
13. **Bremer CDU fordert Kandidaten zu einer Spende auf: 800 Euro für einen guten Listenplatz**
„Jetzt das Richtige tun – Bremer CDU startet in den Wahlkampf 2011“. So lautet das Motto im christdemokratischen Magazin „Ausguck“. Aktuell wird in den eigenen Reihen die Frage gestellt, ob es das Richtige ist, wenn die Führung überraschend 800 Euro von allen Parlamentsbewerbern fordert, die von der Partei auf die vorderen Listenplätze für die Bürgerschaft gesetzt wurden.
Quelle: Weser Kurier

Anmerkung RS: *Listenplätze zum Verkaufen – mit Geldzurückgarantie falls man nicht gewählt wird!*

14. **Frontal21: „Toll“ – Einfach mal abschalten**
Quelle: Youtube
15. **Fritz Eckenga: Die Null Steht**
Quelle: WDR-2
16. **Zu guter Letzt: Mit Sicherheit …**
Quelle: Frankfurter Rundschau